

**Protokoll  
der 32. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am Dienstag, dem 30. September 2014 in der Adolf-Reichwein-Halle**

Beginn der Sitzung: 21:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 22:30 Uhr

<b>Anwesende Stadtverordnete:</b>	
<b>CDU</b>	<b>FDP</b>
Egerter, Jörg <i>Fraktionsvorsitzender</i>	Jacobi, Hans-Otto <i>Fraktionsvorsitzender</i>
Hafner, Annegret	Jeuthe, Klaus-Dieter
Karehnke, Regina <i>Stadtverordnetenvorsteherin</i>	
Müller, Toni	<b>PIRATEN</b>
Pfeiffer, Kurt	Welker, Helge
Schnabel, Henrik	
	<b>Vom Magistrat waren anwesend:</b>
von Griesheim, Alexander	
	Erster Stadtrat Sill, Heinz
	Stadträtin Dietrich, Petra
<b>SPD</b>	
Dachs, Karlheinz	Stadtrat Kayacik, Hacı
Datz, Wolfgang	Stadtrat Schneiderbauer, Johann Baptist
Dietz, Eleonore	Stadtrat Schöniger, Arndt
	Stadtrat Wenzel, Klaus
Dr. Rathjens, Hans-Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i>	
See, Herbert	
Stengel, Christian	
Zeidler, Reinhard	<b>Abwesende Stadtverordnete</b>
	Topp, Andreas
<b>FWG</b>	Machalitzky, Jörg Jens
Lamping, Christian <i>Fraktionsvorsitzender</i>	See, Marco
Metzger, Gerhard	Wendt, Thomas
Moscherosch, Hans-Albert	
Soff, Walter	
	<b>Abwesend vom Magistrat</b>
<b>Bündnis90/Die Grünen</b>	Bürgermeister Alber, Thomas
Roth, Beate	Stadtrat Blöcher, Gottfried
Quägber-Zehe, Betina	
Scholz, Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i>	<b>Schriftführer:</b>
	Kraus, Andreas
<b>puR</b>	Vertreter der Presse
Launhardt, Cornelia <i>Fraktionsvorsitzende</i>	
Schön, Norbert	26 Zuhörer
Wyrwoll, Herbert	

## **Eröffnung der Sitzung**

---

Die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Karehnke eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Frau Karehnke stellt fest, dass mit Ladung vom 22. September 2014 form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiterhin stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

## **Letztes Protokoll**

---

Das Protokoll der Sitzung vom 22. Juli 2014 wird ohne Änderungen angenommen.

## **Tagesordnung**

---

Von Seiten des Ältestenrates wird vorgeschlagen, die Tagesordnung wie folgt zu erweitern:

Verleihung der Ehrenbezeichnung Stadtältester an Herrn Paul Groetsch.

Dies wird neu Tagesordnungspunkt 1. Alle weiteren Punkte verschieben sich nach hinten.

Weiterhin wird vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt:

3. Änderung des Bebauungsplanes RH/2 „Mittelpunktschule, Sporthalle u. Sportfreigelände“
- Beschluss zu den Anregungen im Bauleitverfahren gemäß §3 Abs. 1 u. § 4 Absatz1 BauGB
  - Entwurfsfeststellung gemäß §3 Absatz2 BauGB

ohne Aussprache zu behandeln.

Dies wird von den Stadtverordneten angenommen. Somit steht folgende Tagesordnung fest.

### **Tagesordnung:**

1. Verleihung der Ehrenbezeichnung Stadtältester
2. Mitteilungen
3. Kleine Anfragen
4. 3. Änderung des Bebauungsplanes RH/2 „Mittelpunktschule, Sporthalle u. Sportfreigelände“
  - Beschluss zu den Anregungen im Bauleitverfahren gemäß §3 Abs. 1 u. § 4 Absatz1 BauGB
  - Entwurfsfeststellung gemäß §3 Absatz2 BauGB
5. Anfrage der FDP-Fraktion vom 05.09.2014
  - Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in der Stadt Rosbach
6. Flüchtlingsunterbringung in Rosbach
  - Entschließungsantrag nach § 12 Abs. 2 GO
7. Antrag der CDU-Fraktion vom 19.09.2014
  - Bekenntnis zum Sportstandort Eisenkrain
8. Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.09.2014
  - Umsetzung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung

## **Top 1** **Verleihung der Ehrenbezeichnung Stadtältester**

---

Herr Paul Groetsch wird in Würdigung seiner über 40-jährigen ehrenamtlichen Tätigkeiten als Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung und als Mitglied im Magistrat durch die Verleihung der Bezeichnung „Stadtältester“ geehrt.

In einer Laudatio würdigen die Stadtverordnetenvorsteherin, Frau Karehnke, sowie Erster Stadtrat Herr Sill die langjährige ehrenamtliche Tätigkeit von Herrn Paul Groetsch in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat. Die Ehrenurkunde und Geschenke werden überreicht.

Herr Lamping bedankt sich in seiner Rede ebenfalls bei dem Geehrten. Es schließen sich Gratulationen der Stadtverordneten an.

## **Top 2** **Mitteilungen**

---

Die Stadtverordnetenvorsteherin bittet die Stadtverordnetenversammlung sich zu erheben.

Die Stadt Rosbach v.d.Höhe trauert um Frau Gerda Fornoff. Die Verstorbene war von Anfang 1993 bis 1997 und erneut von November 1997 bis März 2006 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und gehörte darüber hinaus von 1993 bis 2008 dem Ortsbeirat Rodheim an. Frau Fornoff hat sich in den Jahren ihres ehrenamtlichen Einsatzes stets zum Wohle der Rosbacher Bürgerinnen und Bürger eingesetzt. Wir verlieren eine geschätzte Persönlichkeit und werden Frau Fornoff ein ehrendes Andenken bewahren.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Karehnke teilt weiter mit, dass Frau Jasna Müller auf ihr Stadtverordnetenmandat verzichtet hat. Nachrückerin ist Frau Toni Müller. Des Weiteren hat Herr Dr. Volker Hoffmann auf sein Stadtverordnetenmandat verzichtet. Nachrücker ist Herr Klaus-Dieter Jeuthe.

Herr Erster Stadtrat Sill verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen und ergänzt diese um Informationen über den Gesundheitszustand von Bürgermeister Thomas Alber.

Der Bürgermeister hat am Donnerstag (25.09.2014) einen Schlaganfall erlitten. Nach heutigem Kenntnisstand ist der ärztliche Eingriff rechtzeitig erfolgt, so dass keine Folgeschäden bleiben werden. Er werde nach einer gewissen Erholungszeit zurückkehren.

Herr Dr. Rathjens berichtet, dass der Haupt- und Finanzausschuss am 18.09.2014 getagt habe. In der Sitzung seien die TOPs „Projektstatusbericht: Bau des Feuerwehrhauses Rodheim“, „Haushaltsführung 2014/2015 mittelfristige Finanzplanung bis 2018, -haushaltspolitische Leitlinien, -vorläufiger Abschluss 2013, -erste Beratungen zum Investitionsprogramm 2013 – 2018, -erste Kennzahlen zum Ergebnishaushalt 2014/ Nachtragsfassung, -haushaltswirtschaftliche Sperre nach § 107 HGO, -Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes“, „Statusbericht: Flüchtlingsunterbringung“, „Antrag der FWG-Fraktion vom 10.7.2014 -Abendkarte für das Rodheimer Freibad“ sowie „Antrag der CDU-Fraktion vom 28.2.2014, -Stadtentwicklungsplan“ beraten worden.

Frau Dietz berichtet, dass der Umwelt- und Planungsausschuss am 16.09.2014 getagt habe. In der Sitzung seien die TOPs „3. Änderung des Bebauungsplanes RH/2 Mittelpunktsschule, Sporthalle u. Sportfreigelände, - Beschluss zu den Anregungen im Bauleitverfahren gemäß §3 Abs. 1 u. § 4 Absatz1 BauGB, -Entwurfsfeststellung gemäß §3 Absatz2 BauGB“, „Bauvoranfrage Neubau eines Wellnessraumes Kapersburgstraße 25, -Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen

des Bebauungsplans, -Überschreitung des Baufensters,, sowie „Antrag der SPD-Fraktion vom 15.6.2014, -Einrichtung Internetseite Mängelanzeige“ beraten worden.

### **Top 3 Kleine Anfragen**

---

Keine

### **Top 4 3. Änderung des Bebauungsplanes RH/2 „Mittelpunktschule, Sporthalle u. Sportfreigelände“**

- **Beschluss zu den Anregungen im Bauleitverfahren gemäß §3 Abs. 1 u. § 4 Absatz1 BauGB**
  - **Entwurfsfeststellung gemäß §3 Absatz2 BauGB**
- 

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Aussprache behandelt.

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Magistratsvorlage vor:

- (1) *Die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen werden als Stellungnahmen der Stadt Rosbach v.d.Höhe beschlossen.*
- (2) *Der Bebauungsplan wird in der gem. (1) geänderten Form als Entwurf zur Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.*

Es erfolgt eine getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2.

**Abstimmungsergebnis Punkt 1: einstimmig angenommen**

**Abstimmungsergebnis Punkt 2: einstimmig angenommen**

### **Top 5 Anfrage der FDP-Fraktion vom 05.09.2014 - Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in der Stadt Rosbach**

---

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Anfrage vor:

- 1) *Wie intensiv und durch wen erfolgt ein qualifiziertes und kontinuierliches Betreuen der in der Stadt Rosbach v.d.Höhe untergebrachten Flüchtlinge?*
- 2) *Welche Unterstützung ist angesichts der zu erwartenden Sprachbarrieren zu erwarten, um die Kommunikation zwischen Flüchtlingen und Bürgern zu erleichtern?*
- 3) *Im Rahmen eines runden Tisches lud die Stadt im Juli zahlreiche Organisationen zu einem Treffen mit Flüchtlingen ein. Wann und durch wen wird die dabei erstellte Liste für von Flüchtlingen benötigte und erbetene Unterstützungen veröffentlicht?*
- 4) *Wie und durch wen soll nach Meinung des Magistrats das Sammeln und Verteilen von Hilfeleistungen der Bürgerinnen und Bürger koordiniert und durchgeführt werden?*
- 5) *Für welche Aufgaben stehen welche städtischen personellen Ressourcen für das Unterbringen und Betreuen von Flüchtlingen in diesem und Folgejahren zur Verfügung?*

- 6) *Wie schätzt der Magistrat für dieses und die folgenden Jahre die Höhe der benötigten städtischen finanziellen Mittel für das Unterbringen und Betreuen von Flüchtlingen in Rosbach und Rodheim ein?*
- 7) *Welche haushaltswirksame jährliche Defizite ergeben sich somit dann voraussichtlich angesichts der für die Flüchtlingsunterbringung der Stadt zur Verfügung gestellten und nicht kosten deckenden Pauschalbeträge?*
- 8) *Welche baulichen und hygienischen Mindeststandards für ein menschenwürdiges und sicheres Leben werden in den Unterkünften für Flüchtlinge sichergestellt?*
- 9) *Wie viel Freifläche soll den auf engem Raum wohnenden Flüchtlingen unmittelbar an deren Unterbringungsstandort zur Verfügung gestellt sein?*
- 10) *Welche Möglichkeiten werden Flüchtlingen geboten, entsprechend deren kulturellen, kulinarischen und religiösen Vorstellungen zu leben?*
- 11) *Welche Auswirkungen kann dies für Anwohner haben?*
- 12) *Welche im Stadtgebiet zurzeit und künftig völlig oder teilweise leerstehende und sich in öffentlichem Eigentum befindliche Gebäude könnten nach entsprechender Vorarbeit für das Unterbringen von Flüchtlingen genutzt werden?*
- 13) *Wie viele Flüchtlinge könnten jeweils in diesen einzelnen Gebäuden angemessen leben?*
- 14) *Falls leerstehende Gebäude in öffentlichem Besitz für Flüchtlingsunterkünfte nicht verwendet werden, wann und wofür sollten diese nach Magistratsmeinung genutzt werden?*
- 15) *Wie stellt sich die Relation zwischen Mietzahlungen für Flüchtlingsunterbringung und Sanierungsnotwendigkeiten der in öffentlichem Besitz befindlichen Gebäude dar? Von welcher Anzahl und Zeitspanne geht der Magistrat bei der Flüchtlingsunterbringung in der Kalkulation und bei dem Abschluss von Mietverträgen aus und in welcher Höhe entstünden Mietkosten gegenüber privaten Eigentümern?*
- 16) *Wie beurteilt der Magistrat die Vertretbarkeit, Kosten und Aufstellungsmöglichkeiten von Wohncontainer angesichts zu erwartender steigender Flüchtlingszahlen?*
- 17) *Welche städtischen Aktivitäten hält der Magistrat für erforderlich, um bei Nachbarn die notwendige Akzeptanz für das Unterbringen von Flüchtlingen und das Zusammenleben mit Flüchtlingen zu fördern?*
- 18) *Wer ist Ansprechpartner für Bürger, wenn es im alltäglichen Zusammenleben zu Problemen mit Flüchtlingen kommen sollte?*
- 19) *Welche Haftungsregel gilt im Falle eventueller Sachbeschädigung durch Flüchtlinge?*
- 20) *Wie werden Beseitigung und Kostenübernahme bei einem möglichen Schädlingsbefall im Umfeld einer Flüchtlingsunterkunft gehandhabt, falls dies durch die Zunahme von Müll wegen einer überproportional hohen Bewohnerzahl oder eine eventuell unsachgemäße Müllentsorgung an einzelnen Unterkünften erforderlich werden sollte?*

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Stadt Rosbach hat im Dezember 2013 als eine der ersten Städte im Wetteraukreis Flüchtlinge untergebracht, nachdem der Wetteraukreis bei den Kommunen um Hilfe bei dieser Aufgabe gebeten hat.

Mit Beginn des Jahres 2014 änderte sich das Verfahren so, dass der Kreis den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, Flüchtlinge per Zuweisungsbescheid entsprechend der Einwohnerzahl zur Unterbringung zuweist. Der Wetteraukreis führt die Erstaufnahme durch, verteilt die Menschen an die Städte und Gemeinden und ist grundsätzlich für die sozialarbeiterische Betreuung zuständig.

So wurden der Stadt Rosbach im ersten Halbjahr 27 Personen zugewiesen.

Der Wetteraukreis zahlt den Städten und Gemeinden eine Tagespauschale je untergebrachter Person. Die Stadt Rosbach erhält aufgrund der hohen Miet- und Immobilienpreise in der südlichen Wetterau die Höchstpauschale von 7,30 € pro Person und Tag.

Neben der Bereitstellung von Wohnraum ist dieser auf Kosten der Stadt mit Möbeln etc. bewohnbar auszustatten. Um den finanziellen Aufwand so gering wie möglich zu halten, wurden Sachspenden aus der Bevölkerung genutzt sowie z.B. Betten und Spinde aus alten Bundeswehrbeständen für symbolische Kleinstbeträge erstanden.

Der Wetteraukreis hat Empfehlungen abgegeben wie die Räumlichkeiten ausgestattet werden sollten und welche Größe sie haben sollten. So sollen pro Person mind. 6 m<sup>2</sup> Wohn-Schlafräum zu Verfügung stehen. Zusammen mit den gemeinschaftlich genutzten Räumen wie Bad, Küche, Flur etc. sind mind. 9 m<sup>2</sup>/Person zu erreichen. Dies entspricht auch den rechtlichen Mindestanforderungen der Obdachlosenunterbringung.

Unter Berücksichtigung dessen wurden die zugewiesenen Personen in freien städtischen Mietwohnungen (Am Bahnhof 5, Hainerweg 10) sowie in extra für die Flüchtlingsunterbringung angemieteten Wohnungen in einem privaten Anwesen (Ottostraße 8-10) untergebracht.

Somit sind bis zum jetzigen Zeitpunkt alle der Stadt Rosbach zugewiesenen Flüchtlinge in Ober-Rosbach untergebracht. Bislang hat es keine negativen Rückmeldungen oder Beschwerden in der Stadt zur Unterbringung gegeben. Auch aus dem Bereich der Gemeinschaftsunterkunft „Ottostraße“, wo derzeit 23 Personen auf einem Grundstück untergebracht sind, sind uns keine Probleme bekannt.

Da es sich bei der Unterbringung von Flüchtlingen um eine neue Aufgabe für die Stadt Rosbach handelt, wurde ein fachbereichsübergreifendes Team gebildet, das die damit verbundenen Arbeiten entsprechend der jeweiligen Sachgebiete abwickelt. So findet die Generierung von Wohnraum im Sachgebiet „Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft“ statt, die „Technische Verwaltung“ macht die Räume bewohnbar und stattet diese aus.

Der Fachbereich „Ordnungsamt und Bürgerservice“ hat die allgemeinen sozialen Aufgaben übernommen. Aufgrund der vakanten Sachgebietsleiterstelle im Sachgebiet Bürgerservice werden die Tätigkeiten bis auf weiteres von der Fachbereichsleitung ausgeführt.

Die Flüchtlinge benötigen insbesondere aufgrund der sprachlichen Barriere Hilfe bei der Bewältigung ihres „normalen Alltags“, wie z.B.:

- erste Orientierung mittels Besuchen und Gesprächen – (z.B. bei neu angekommenen Flüchtlingen)
- Begleitung von Flüchtlingen bei Behördengängen, zum Arzt, zum Einkaufen, zum Rechtsanwalt u.Ä.,
- Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache (z.B. durch Deutschkurse, Nachhilfe, bei der allgemeinen Konversation),
- Suche und Anmietung von Wohnungen (z.B. wenn Flüchtlinge eine Duldung erhalten haben und eine eigene Wohnung beziehen können)
- Freizeitgestaltung (z.B. Besuch kultureller Veranstaltungen, Vermittlung von Kontakten zu Vereinen und Organisationen),

Von Verwaltungsseite ist Hauptaufgabenstellung derzeit das Freiwilligenmanagement, d.h. insbesondere

- die Koordinierung der Ehrenamtlichen, die sich um die soziale Betreuung der Menschen vor Ort kümmern („Paten“),
- die Vermittlung von konkreten Bedarfen und Hilfen und dem damit verbundenen Aufbau eines „Bedarf-Angebot-Netzwerkes“,
- die Einrichtung eines Deutschunterrichts-Angebotes in Rosbach sowie
- das Werben um weitere ehrenamtliche Unterstützer/Betreuer.

Bislang wurden zwei „Runde Tische“ einberufen sowie eine Veranstaltung mit den Ehrenamtlichen, die sich als „Paten“ zur Verfügung gestellt haben, durchgeführt.

Seit Januar 2014 haben sich rund 20 Personen zur ehrenamtlichen Tätigkeit bereiterklärt. Somit können alle zurzeit hier ansässigen Flüchtlinge ehrenamtlich betreut werden. Es erfolgen regelmäßige Besuche vor Ort (i.d.R. einmal wöchentlich), erste Arzt- bzw. Krankenhausbesuche sowie Kontakte zu Behörden und anderen Einrichtungen wurden bereits absolviert. Darüber hinaus wird derzeit ein erstes Deutschunterricht-Angebot gemeinsam mit ehrenamtlichen Helfern entwickelt.

Weitere Angebote zur Förderung der Integration sind geplant (gemeinsames Kochen, Einrichtung eines regelmäßigen „offenen Treffpunktes“, Besuch von Veranstaltungen vor Ort bzw. in der Umgebung etc.).

Es wurde sich darüber verständigt, dass regelmäßig (ca. alle 6 Wochen) zum gemeinsamen Austausch ein Treffen mit den ehrenamtlichen Helfern sowie Vertretern der Stadt erfolgt.

Auch Vereine und andere Organisationen haben Ihre Unterstützung erklärt, so dass bei Interesse der Flüchtlinge ohne großen finanziellen Aufwand für ein Freizeitangebot gesorgt werden kann. Diesbezüglich wurden erste Kontakte durch die jeweiligen „Paten“ geknüpft.

### **Finanzielle Betrachtung:**

Im ersten Halbjahr 2014 ist eine Unterdeckung von 34.615,12 € entstanden. Die in 2014 und 2015 tatsächlich zu erwartenden Kosten werden in den Nachtragshaushalt 2014 eingearbeitet und im Haushalt 2015 veranschlagt.

Eingegangene Spendengelder:        insg. 1.050,00 €

Die Spenden werden insbesondere - entsprechend des regelmäßig notierten Verwendungszwecks - zur „Förderung der deutschen Sprache“, d.h. zum Kauf von Unterrichtsmaterialien, Wörterbücher etc., verwendet.

### **Ausblick:**

Mit Bescheid vom 14.07.2014 werden der Stadt Rosbach für die zweite Jahreshälfte weitere 28 Personen zugewiesen. Da kaum noch freie Plätze in der Ottostraße 8-10 vorhanden sind, wird eine freigewordene städtische Wohnung in der Preulgasse 30 (6 Plätze) derzeit ausgestattet. Zudem ist die Verwaltung weiterhin auf der Suche nach privatem Wohnraum zur Anmietung und hat bereits etliche Gespräche mit Eigentümern geführt, jedoch zuletzt ohne Erfolg.

Weitere alternative Unterbringungsmöglichkeiten wie z.B. Wohncontainer werden derzeit geprüft.

Herr Jacobi (FDP) bemängelt, dass die vielen konkreten Fragen in der Stellungnahme des Magistrates nicht beantwortet wurden. Als ein Beispiel stellt er erneut die als dritte aufgeführte Frage:

3) *Im Rahmen eines runden Tisches lud die Stadt im Juli zahlreiche Organisationen zu einem Treffen mit Flüchtlingen ein. Wann und durch wen wird die dabei erstellte Liste für von Flüchtlingen benötigte und erbetene Unterstützungen veröffentlicht?*

Herr Erster Stadtrat Sill sagt zu, in Rücksprache mit der Fachabteilung die Liste zuzustellen.

## **Top 6 Flüchtlingsunterbringung in Rosbach - Entschließungsantrag nach § 12 Abs. 2 GO**

---

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender - mit allen Fraktionen und mit dem Stadtverordneten Helge Welker - abgestimmter Entschließungsantrag als einvernehmliches Signal zur Unterstützung von Flüchtlingen vor:

### **Entschließungsantrag zur Unterstützung von Flüchtlingen**

*Die Bundesrepublik Deutschland - wie auch die anderen Länder der Europäischen Union - sieht sich der gegenwärtigen Aufgabe der Aufnahme und Unterbringung einer gestiegenen Anzahl von Flüchtlingen gegenüber.*

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach vor der Höhe bekennt sich ausdrücklich zu der Aufgabe der Unterstützung von politisch Verfolgten nach Artikel 16a des Grundgesetzes und betont die Notwendigkeit dieser humanitären Maßnahmen. Als Teil der staatlichen Organisation Deutschlands besteht hier für die Stadt Rosbach vor der Höhe eine soziale und moralische Verpflichtung zur Unterstützung von Flüchtlingen als Element der Wahrung von Menschenwürde und Humanität.*

*Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Bewältigung der Aufgabe, verfolgten Flüchtlingen eine menschenwürdige Unterkunft und eine Eingliederung in unsere Gesellschaft zu ermöglichen, eine Aufgabe darstellt, die alle verantwortlichen Akteure in Politik und Verwaltung, aber auch die sozialen Einrichtungen, die Kirchen und nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger in Rosbach v. d. Höhe betrifft.*

*Die Stadtverordnetenversammlung fordert alle Bürgerinnen und Bürger auf, Flüchtlingen offen und tolerant zu begegnen. Wie seitens Bund, Land, Kreis und Stadt soll zudem von den Mitbürgern, sofern möglich, geeigneter freier Wohnraum als Unterkunft zur Verfügung gestellt werden.*

*Sie begrüßt ausdrücklich das ehrenamtliche Engagement Rosbacher Bürgerinnen und Bürger, gemeinsam mit Verwaltungseinrichtungen die Flüchtlinge zu begleiten und zu betreuen und auf vielfältige Weise zu integrieren. Sie spricht allen, die sich im Großen wie im Kleinen, haupt- oder ehrenamtlich für Flüchtlinge engagieren ihren Dank und ihre Anerkennung aus. Sie unterstützt das Vorhaben, eine Willkommens- und Anerkennungskultur in Rosbach v. d. Höhe zu schaffen.*

*Sie zeigt sich gleichzeitig besorgt über die ablehnende Haltung Einzelner bezüglich des Unterbringens von Flüchtlingen und setzt sich ein, gemeinsam mit Magistrat und Stadtverwaltung durch offene Information und Aufklärung teilweise vorhandene Ängste oder Vorbehalte von Bürgerinnen oder Bürgern abzubauen.*

*Die Stadtverordneten selbst verpflichten sich, aktiv bei der menschenwürdigen Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge zu helfen und dabei insbesondere auf die Bürgerinnen und Bürger im Sinne dieser Resolution einzuwirken.*

*Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Forderungen nach Asylkonferenzen auf Ebene des Bundes und des Landes Hessen, um insbesondere gemeinsam mit den Kommunen Strategien und Konzepte für die gemeinschaftliche Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung zu entwickeln. Sie teilt die Auffassung, dass sich der Bund und das Land Hessen*



*noch stärker an der Koordinierung der Asyl- und Flüchtlingspolitik sowie den anfallenden Kosten beteiligen müssen.*

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach vor der Höhe fordert das Land Hessen und den Wetteraukreis als originär zuständige staatliche Träger der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen auf, ihren Aufgaben dabei gleichsam nachzukommen. Dies insbesondere durch Schaffen von ausreichenden eigenen Unterbringungsmöglichkeiten, einer verantwortungsvollen sozialen Betreuung der Flüchtlinge sowie der umfänglichen finanziellen Ausstattung der Kommunen zur Erfüllung dieser Aufgaben.*

*Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die im Hessischen Maßnahmenpaket Asyl genannte Erhöhung der Pauschalen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber für die Kommunen um 15 % ab dem 01.01.2015 als einen ersten Schritt positiv zur Kenntnis.*

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Entschließungsantrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

## **Top 7**

### **Antrag der CDU-Fraktion vom 19.09.2014**

#### **- Bekenntnis zum Sportstandort Eisenkrain**

---

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor:

*Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:*

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zum Sportstandort Eisenkrain und zum Erhalt der Sporthalle Eisenkrain. Sie fordert vom Magistrat ebenfalls ein öffentliches Bekenntnis zum Sportstandort und zum Erhalt der Sporthalle Eisenkrain.*
- 2. Erforderliche „ad hoc“ Sanierungsmaßnahmen für den Erhalt der Substanz und Funktionsfähigkeit der Sporthalle sind zeitnah zu tätigen.*
- 3. Das Baugebiet Sang ist so zu planen, dass die Interessen der Sportler und der neuen Bewohner des Baugebietes nicht in Konflikt miteinander geraten.*

Die SPD Fraktion beantragt, in den ersten Satz zu Punkt 1 „vorbehaltlich des Stadtentwicklungsplans“ einzufügen. Der abgeänderte Punkt 1 sieht wie folgt aus:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich - vorbehaltlich des Stadtentwicklungsplanes - zum Sportstandort Eisenkrain und zum Erhalt der Sporthalle Eisenkrain. Sie fordert vom Magistrat ebenfalls ein öffentliches Bekenntnis zum Sportstandort und zum Erhalt der Sporthalle Eisenkrain.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Änderungsantrag der SPD abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen**  
(7 SPD, 4 FWG)  
**16 Nein-Stimmen**  
(7 CDU, 3 puR, 3 Grüne, 2 FDP, 1 Piraten)

**Der Änderungsantrag ist abgelehnt**

Es erfolgt eine getrennte Abstimmung des CDU Antrages der Punkte 1, 2 und 3.

**Abstimmungsergebnis Punkt 1: 24 Ja-Stimmen**

(7 CDU, 5 SPD, 3 FWG, 3 puR, 3 Grüne,  
2 FDP, 1 Piraten)  
**3 Nein-Stimmen**  
(2 SPD, 1 FWG)

**Der Antragspunkt 1 ist angenommen**

**Abstimmungsergebnis Punkt 2: einstimmig angenommen**

**Abstimmungsergebnis Punkt 3: einstimmig angenommen**

## **Top 8**

### **Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.09.2014**

#### **- Umsetzung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung“**

---

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag vor:

- 1. Welche Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, die seit dem 01.09.2013 verabschiedet wurden sind bisher noch nicht umgesetzt worden?*
- 2. Was ist der Grund dafür, dass die unter 1) genannten Beschlüsse bisher noch nicht umgesetzt wurden?*
- 3. In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03.09.2013 berichtete Bürgermeister Alber aufgrund einer Anfrage der CDU über die seinerzeit noch nicht umgesetzten Beschlüsse. Welche von diesen Beschlüssen sind nach wie vor nicht umgesetzt?*
- 4. Was ist der Grund dafür, dass die unter 3) genannten Beschlüsse bisher noch nicht umgesetzt wurden?*
- 5. Bis wann werden die unter 1) und 3) genannten offenen Beschlüsse umgesetzt?*

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

#### **Anfrage der Fraktion der CDU betreffend Umsetzung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung seit dem 01.09.2013**

*Welche Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, die seit dem 01.09.2013 verabschiedet wurden sind bisher noch nicht umgesetzt worden?  
Was ist der Grund dafür, dass die genannten Beschlüsse bisher noch nicht umgesetzt wurden?  
Bis wann werden die genannten offenen Beschlüsse umgesetzt?*

Seit dem 01.09.2013 wurden insgesamt 51 Beschlüsse gefasst, 46 wurden bereits umgesetzt und 5 befinden sich in der Umsetzungsphase. Folgende Beschlüsse sind in der Umsetzungsphase:

### **23. Sitzung vom 08. Oktober 2013**

Antrag der FWG-Fraktion vom 29.09.2013

- Versetzung eines Ortsschildes Rodheim
- Versetzung einer Geschwindigkeitsmessanlage Nieder-Rosbach

*Versetzung Ortsschild Rodheim:*

*Anfrage an Hessen Mobil erfolgte bereits am 14.10.2013 und blieb bisher unbeantwortet. Nach Rücksprache mit Hessen Mobil soll die Versetzung abschließend während der Verkehrsschau im Winter 2014 (Frühjahr 2015) behandelt werden.*

*Versetzung Geschwindigkeitsanlage Nieder-Rosbach:  
Verkehrsdatenerfassungsgerät war bis 25.09.2014 angebracht. Die Auswertung der notwendigen Daten wird derzeit vorgenommen. Anschließend erfolgt die vorgeschriebene Anhörung der Hessischen Polizeischule/Polizeiakademie Hessen.*

#### **24. Sitzung vom 12. November 2013**

Waldbestattung

- Grundsatzbeschluss
- Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes RH/12 „Waldbestattung am Ketzerborn“ gemäß §2 Abs. 1 BauGB

*Der Beschluss befindet sich in der Umsetzung. Zurzeit in Abstimmung mit der Wehrbereichsverwaltung wegen der Bereitstellung der „Waldbahn“ als einzige Möglichkeit als Zufahrtsstraße. Eine weitere förmliche Stellungnahme wird in Kürze erwartet.*

#### **29. Sitzung vom 13. Mai 2014**

Antrag der FDP-Fraktion vom 12.4.2014

- Tag der Vereine und Organisationen

*Der Antrag ist in einer gemeinsamen Sitzung der Ortsbeiräte zu behandeln.*

Antrag der CDU-Fraktion vom 17.2.2014

- Überprüfung der Verkehrssicherheit im Stadtgebiet

*Unabhängig der stetigen Kontrollen findet im Winter 2014 (Ersatzweise Frühjahr 2015) die turnusmäßige gesetzlich vorgeschriebene Verkehrsschau mit Vertretern der Straßenverkehrsbehörde, Hessen Mobil sowie der Polizei statt. (Genauere Terminierung konnte wegen Urlaub der benötigten Teilnehmer noch nicht erfolgen). Im Vorfeld der Verkehrsschau ist eine Einbindung der Ortsbeiräte und der Senioren- und Behindertenbeiräte vorgesehen.*

#### **Anfrage der Fraktion der CDU betreffend Umsetzung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vor dem 03.09.2013**

*In der Stadtverordnetenversammlung am 03.09.2013 berichtete Bürgermeister Alber aufgrund einer Anfrage der CDU über die seinerzeit noch nicht umgesetzten Beschlüsse. Welche von diesen Beschlüssen sind nach wie vor nicht umgesetzt?*

*Was ist der Grund dafür, dass die genannten Beschlüsse bisher noch nicht umgesetzt wurden?  
Bis wann werden die genannten offenen Beschlüsse umgesetzt?*

Folgende Beschlüsse wurden noch nicht abschließend umgesetzt:

#### **12. Sitzung vom 8. Mai 2012**

- FWG Einsatz ehrenamtlichen Engagements

*Der Beschluss ist bisher nicht konsequent umgesetzt worden. Hierzu bedarf es einer vernetzten Ehrenamtsstruktur in der Bevölkerung und Rahmenbedingungen, die das unentgeltliche Engagement befördern und ermöglichen. Die Rahmenbedingungen wären entsprechend zu schaffen, eine Haushaltskonsolidierung im Bereich der frei-willigen Leistungen wirkt hier aber genau entgegengesetzt. Ansätze für eine bessere Vernetzung der Vereine, Kirchen und Bürger untereinander sowie eine stärkere Unterstützung des Ehrenamtes durch Unternehmer können Aktionsfelder bzw. Kampagnen wie „Mission Olympic“ und „Rosbach aktiv“ bieten.*

### **17. Sitzung vom 29. Januar 2013**

- FDP Konzept Wirtschaftsförderung

*Den Gremien liegt mit der Lageplandarstellung zur begonnenen Teilvermarktung des Gewerbegebietes Süd ein erster, weiter fort zu schreibender Ansatz zur Vermarktung der Gewerbebauplätze vor.*

*Für den Bereich Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing werden derzeit entsprechende Konzepte erarbeitet.*

### **19. Sitzung vom 23. April 2013**

- Grüne Gefahrenabwehrverordnung „Gastspiele von Zirkusbetrieben“

*Eine negative Stellungnahme des HSGB zur Beschlussfassung einer Gefahrenabwehrverordnung liegt der Fachabteilung vor. Soweit der Tierschutz hier bewirkt werden soll, ist der Landkreis zuständig. Somit fehlt die Ermächtigungsgrundlage zu einem entsprechenden Erlass einer Gefahrenabwehrverordnung. Zum Schutz von Menschen vor wilden Tieren ist das Vorliegen einer abstrakten Gefahr notwendig. In einer Gefahrenabwehrverordnung kann aber nur die sichere Unterbringung geregelt, aber kein generelles Verbot der Tierhaltung erlassen werden. Die Überprüfung der sicheren Unterbringung im Zirkus wird bereits von den technischen Prüfbehörden des Landes vorgenommen. Eine Zuständigkeit der Kommune ist daher insgesamt nicht gegeben. Der BGM wird demnächst ergänzend berichten.*

### **19. Sitzung vom 23. April 2013**

- CDU Verkehrsleitende Maßnahmen Nieder-Rosbach

*Nach Abschluss der Baumaßnahme Südumgehung Rosbach (K11) und der entsprechenden neuen Verkehrsführung über die Dieselstraße werden nach einer Eingewöhnungsphase des Fahrverkehrs die Verkehrsströme neu untersucht. Hierzu ist bereits eine entsprechende Abstimmung mit Hessen Mobil erfolgt, der Bürgermeister wird demnächst ergänzend berichten.*

### **20. Sitzung vom 28. Mai 2013**

- CDU Attraktivitätssteigerung „Blütenfest“
- FWG „Krönungsfeierlichkeit Blütenball“

*Zur Vorbereitung der Veranstaltung 2014 wurde ein „Realisierungsteam“ im Magistrat eingesetzt. Dabei werden die Beschlussfassungen und eingebrachten Anregungen entsprechend berücksichtigt, der Bürgermeister wird demnächst weitergehend berichten.*

## **Ende der Sitzung**

---

Die Stadtverordnetenvorsteherin schließt die Sitzung um 22:30 Uhr.

Rosbach v.d.Höhe, den 13.10.2014



Regina Karehnke  
Stadtverordnetenvorsteherin



Andreas Kraus  
Schriftführer